

Autoindustrie mit herben Rückgängen

Die Autoindustrie in Deutschland beklagt einen herben Produktionsrückgang. Alleine im zweiten Halbjahr 2018 ist nach aktuellen Berichten ein Rückgang 7,1 % zu verzeichnen. Das verarbeitende Gewerbe insgesamt vermeldete lediglich einen Rückgang um 2,0 %.

Die Zahlen sind auch im ersten Quartal 2019 unter dem Strich bisher noch nicht entscheidend besser geworden. Vielmehr sind Analysten insgesamt der Meinung, dass die Produktion in diesem Jahr erneut und weiterhin rückläufig sein könne. Dies ist einer der Gründe dafür, dass die gesamte industrielle Produktion in Deutschland wie schon prognostiziert in diesem Jahr rückläufig sein wird. Dabei trägt die Autoindustrie eine deutliche Mitschuld. So ist der Verbrennungsmotor seit jeher der deutsche Weg, ein Auto zu bewegen, mit Benzin oder Diesel als Kraftstoff. Als anderswo in der Welt schon längst auch von alternativen Antrieben die Rede war, wurde mit deutschem Ingenieursstolz weiter am Diesel herumgeschraubt

Deutschland ist führend bei unbezahlten Überstunden



Geht es um unbezahlte Überstunden, ist Deutschland einer Studie zufolge Spitzenreiter unter den großen europäischen Staaten: 71 Prozent der Arbeitnehmer gehen davon aus, regelmäßig unbezahlte Mehrarbeit zu leisten, heißt es in einer Erhebung des Personaldienstleisters ADP. Demnach folgen auf die deutschen Arbeitnehmer die in Spanien, wo 67 Prozent der Befragten berichteten, regelmäßig unbezahlte Überstunden zu leisten. Danach kommt Großbritannien mit 66 Prozent. In Polen gaben unter den untersuchten Ländern mit 43 Prozent am wenigsten Beschäftigte an, unbezahlte Mehrarbeit zu leisten. Ein Faktor dürfte dabei die Angst vor einem Verlust des Arbeitsplatzes sein, der viele Angestellte zu unbezahlten Überstunden verleitet.

50 % für bedingungsloses Grundeinkommen

Das Thema bewegt immer mehr Menschen in Deutschland. Rund 50 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, die einem bedingungslosen Grundeinkommen positiv gegenüberstehen, sprechen sich für eine Einführung aus. Das geht aus einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hervor. Der Studie zufolge befürworten zwischen 45 und 52 Prozent der Bevölkerung die Einführung einer solchen neuen Sozialleistung. Besonders bei jungen Menschen unter 25 ist das Konzept beliebt, während die über 65-Jährigen der Idee eher ablehnend gegenüberstehen. Das ist das Ergebnis zweier repräsentativer Umfragen zwischen den Jahren 2016 und 2018.

Das Konzept ist in Ostdeutschland weitaus beliebter als im Westen. Dort stehen 61 Prozent einem bedingungslosen Grundeinkommen positiv gegenüber, im Westen sind es lediglich 50 Prozent.

Rund 1.000 registrierte illegale Einwanderungen pro Monat

Dänemark, Frankreich und Österreich hatten bereits angekündigt, die Grenzkontrollen beibehalten zu wollen. Deutschland hat nun Kontrollen an der Grenze zu Österreich um ein weiteres halbes Jahr verlängert. Das Bundesinnenministerium hat entschieden, die Grenzkontrollen zu Österreich um weitere sechs Monate zu verlängern. Die Binnengrenzkontrollen zwischen Bayern und Österreich laufen damit nun bis 11. November weiter. Das Ministerium begründete die Maßnahme mit einer hohen Zahl an illegalen Grenzübertritten. Ein Schreiben des deutschen Ministeriums an die Europäische Union berichtet, dass zwischen November 2018 und Februar 2019 monatlich 950 Fälle registriert wurden. Das Migrationspotenzial über die Balkanroute sei zuletzt wieder angestiegen.

Reisende und Gütertransporte kommen ohne Kontrolle auch weiterhin nicht nach Dänemark, Frankreich und Österreich hinein: Diese drei europäischen Länder verlängerten die Zugangskontrollen ebenfalls um sechs Monate. Die Staaten nannten die begründete Gefahr von Terroranschlägen als Ursache. Auch Schweden und Norwegen hatten mit steigenden Migrantenzahlen 2016 vorläufige Kontrollen eingeführt.

Die EU-Kommission bestätigte zunächst nicht, dass von Deutschland, Dänemark, Frankreich und Österreich Schreiben an die Behörde eingegangen seien. Die Behörde in Brüssel forderte aber die Länder immer wieder auf, die Kontrollen zu beenden. EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos kritisierte die Staaten und forderte sie auf, ihre

Grenzkontrollen an den Binnengrenzen des Schengen-Raumes aufzugeben.

Die Zahl illegaler Grenzübertritte habe sich nach der Flüchtlingskrise auf „Normalmaß“ reduziert. Erwartungsgemäß erfolgte Kritik an den Mitteilungen, die Grenzkontrollen auch künftig fortzusetzen. "Wenn Schengen aufhört zu existieren, wird Europa sterben", sagte Avramopoulos mit Blick auf die Grenzkontrollen sowie die zunehmenden europaweiten populistischen Tendenzen in der Europäischen Union. Diese dürfen natürlich dafür herhalten, dass die Grenzen durchlässig sein sollen, damit Europa und insbesondere Deutschland auch zukünftig eine Masseneinwanderung erfährt.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Deutsche öfter Opfer von Straftaten durch kriminelle Zuwanderer

Als Zuwanderer gelten alle Personen mit dem Aufenthaltsstatus als Asylbewerber, Schutzberechtigter, unerlaubt aufhältig sind und geduldet. Mit einer neuen BKA-Statistik soll die Kriminalitätsentwicklung jener Ausländer gesondert erfasst werden, die in den vergangenen Jahren als sogenannte „Schutzsuchende“ ins Land gekommen sind. Dabei darf bei einigen die Frage gestellt werden, wer vor wem geschützt werden muss.

Deutsche werden nach Auswertung der Zahlen deutlich häufiger Opfer einer Straftat, die von einem Zuwanderer verübt wurde, als umgekehrt. Dies geht aus dem gleichzeitig mit der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) veröffentlichten Lagebild „Kriminalität im Kontext der Zuwanderung“ des Bundeskriminalamtes (BKA) hervor. Etwa jedes zehnte Opfer, zu dem ein Verdächtiger ermittelt wurde, wurde der Täterkategorie „Zuwanderer“ zugeordnet. Im Bereich Mord, Totschlag, Tötung auf Verlangen fielen 230 Deutsche einer Straftat zum Opfer, heißt es im Lagebild. Im Jahr 2018 wurden rund 1,9 Millionen Tatverdächtige ermittelt (ohne ausländer-rechtliche Verstöße). Von diesen waren rund 166.000 Zuwanderer. Somit stellten die Zuwanderer 8,6 Prozent der Tatverdächtigen bei allen Delikten zusammengenommen (ohne ausländerrechtliche Verstöße). Als Tatverdächtige zählen hier nur diejenigen, bei denen die polizeiliche Ermittlung bereits abgeschlossen ist und die der Justiz übergeben wurden. Jeder Tatverdächtige wird nur einmal gezählt, auch wenn er in mehreren Fällen tatverdächtig war. Die Tat selbst ist in etwa einem Viertel der Fälle schon vor 2018 erfolgt. Der Anteil der Zuwanderer unter den Tatverdächtigen liegt bei schweren Verbrechen noch wesentlich höher. Am höchsten liegt ihr Anteil bei den Tötungsdelikten, nämlich bei 15 Prozent. Danach folgen die Sexualdelikte mit zwölf Prozent.

Kita-Broschüre zur Erkennung von angeblichen „Nazi-Kindern“

Seit einigen Monaten ist eine neue Broschüre verfügbar, die den Maßstab des Schwachsinn noch einmal deutlich höher angesetzt hat. Eine Kita-Broschüre für Erzieher soll aufzeigen, wie „Nazi-Eltern“ erkannt werden können. Das knapp 60-seitige Heft soll dazu anleiten, anhand des Aussehens ihrer Kinder festzustellen, wie die Eltern politisch ausgerichtet sind. So seien bei Mädchen z.B. Zöpfe und Kleider verdächtig, bei Jungs großes Fitnessinteresse. Erstellt wurde die Fibel von der Berliner Amadeu-Antonio-Stiftung. Das Vorwort schrieb Familienministerin Giffey (SPD). Die Broschüre trägt den Titel „Ene, mene, muh – und raus bist du!“. Laut Eigenwerbung der Berliner Stiftung soll es darum gehen, rechtsextreme und fremdenfeindliche Einflüsse zu erkennen, bevor sie in Kinderköpfe eindringen können.

Syrer soll 16-jähriges Mädchen brutal vergewaltigt haben

Spezialkräfte der Polizei haben in Stade einen Syrer festgenommen, der verdächtig wird, eine 16-Jährige brutal vergewaltigt zu haben. Er wurde bereits dem Haftrichter vorgeführt, teilte die Polizei gegenüber der Presse mit.

Dem 18-Jährigen wird vorgeworfen, die 16-Jährige im Februar im Bereich der Bremer Wallanlagen vergewaltigt zu haben, wie die Polizei am Sonntag mitteilte. Nach mehreren Hinweisen hatte die Polizei den Mann als Verdächtigen identifiziert und öffentlich nach ihm gefahndet. Am Samstagabend ließ er sich ohne Gegenwehr festnehmen. Die Polizei zog die Öffentlichkeitsfahndung zurück.

Weitere Kommunalwahlteilnahmen bestätigt

Nach Brandenburg folgen nun auch Zulassungen zu den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg. Hier treten wir Republikaner z.B. wieder zu den Kreistagswahlen in Esslingen an. Bereits jetzt ist unsere Partei über Jahrzehnte im Kreistag vertreten und tritt erneut mit 31 Kandidaten zur kommenden Wahl an, um den Bürgern eine echte Alternative zu den Altparteien zu bieten

HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN

Ihre Unterschrift

MITGLIED WERDEN!

Unterschrift

für unsere Zukunft >

Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Spenden für
Deutschland >



Spendenkonto

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank

IBAN: DE1744 0100 4603 6153 8460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER (REP) - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin
V.i.S.d.P.: Michael Felgenheuer

Jetzt informieren:

DIE REPUBLIKANER (REP)

Bundesverband

Postfach 870210

13162 Berlin

Tel.: (0211) 995 487 94

Fax: (0211) 995 487 13

Email: kontakt@rep.de

Internet: www.rep.de

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige Veranstaltungen im Raum Karlsruhe. Weitere Informationen unter:725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindewirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788
- **Hannover:** Monatlicher Informationsabend der Republikaner Hannover. Interessenten können sich melden unter: niedersachsen@rep.de



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. 10.00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Bezirksverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Landesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Bundesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.